



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Alle diese Eigenschaften, der Sinn, den er fürs Kleine hatte, die seine Empfänglichkeit, die Liebe, die er in sein Schaffen hineintrug, gaben seinem Wesen einen unbewußten Idealismus. Und wenn man sich dann als den Kern dieses Wesens jene gewaltige strengpositive Natur denkt, mit schneidendem Scharfblick, mit unermesslichem Wissen, mit jener ganzen realistischen Schöpferkraft, dann mag man begreifen, welche Vollgestalt das war, welche Macht seine Persönlichkeit besaß und was ihr Verlust für München bedeutet.

Die Eigenschaften, die wir hier zu schildern versuchten, fanden denn auch in der Empfindung aller Mitbürger den vollsten Nachklang: nicht nur die Staatsminister, auch die Arbeiter mit schwieligen Händen folgten dem Sarge des großen Mannes. Der Gedanke, seinen Verdiensten ein sichtbares Denkmal zu weihen, war sofort populär, der König selbst betheiligte sich, wie Sie wissen, mit 1000 fl.*), der landwirthschaftliche Verein, der über 30,000 Mitglieder zählt, stellte eine große Summe in Aussicht. Seither sind in ganz Deutschland die namhaftesten Männer zu Comitès für ein Liebig-Denkmal zusammengetreten, so daß sein Standbild eine seiner Bedeutung angemessene Kunstschöpfung zu werden verspricht.

E.

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, den 1. Juni 1873.

Am 19. Mai stand im Reichstag das Gesetz über den Umbau der deutschen Festungen zur zweiten Verathung. Der Entwurf bestimmt für diesen Zweck 72 Millionen Thaler aus der französischen Kriegsschädigung, wovon 19 Millionen sofort für die nächsten beiden Jahre bewilligt werden sollen. Von 1875 an soll die Reichsregierung jährlich die für das Budgetjahr zu verwendende Summe in den Reichshaushalt aufnehmen; 1885 soll der Umbau vollendet sein.

Herr Richter wollte den ersten Betrag nur für das laufende Jahr in der Höhe von 9 Millionen Thaler bewilligen. Sein bezüglicher Antrag wurde nicht angenommen. Weiterhin handelte es sich um die Anlage des Festungsfonds. Der Commissionsvorschlag ging dahin, die Verwaltung auch des Festungsfonds derjenigen des Invalidenfonds zu übertragen, und dieselben Anlagepapiere wie dort zuzulassen, mit Ausnahme der Communalpapiere und mit Hinzufügung ausländischer Staatsschuldscheine, sowie von Eisenbahn-

*) Der deutsche Kaiser hat inzwischen dieselbe Summe anweisen lassen.

D. Red.

prioritäten. Letztere beide Klassen von Papieren darf der Invalidenfonds bekanntlich nur bis zum 1. Juli 1876 ankaufen. Herr Richter wollte die Eisenbahnprioritäten ausschließen. Der Commissar des Bundesrathes sprach dagegen lebhaft für die Zulassung der Communalpapiere. Es gelang Herrn Richter nicht, die Eisenbahnprioritäten auszuschließen, aber auch der Regierung nicht, die Communalpapiere zur Aufnahme zu bringen. Letzteres ist zu bedauern, weil der Ausschluß dieser jederzeit ohne Verlust wieder zu veräußernden Papiere der Fondsverwaltung Schwierigkeiten bereitet, wogegen der Grund nicht stichhaltig ist, daß die Veräußerung den Communen Schwierigkeiten verursachen werde. Die weiteren Paragraphen des Gesetzes wurden in ihrem technischen Inhalt ohne wesentliche Veränderung angenommen.

Es folgt die Verhandlung über einen Bericht der vom Reichstag in die Commission für Errichtung eines Reichstagshauses entsendeten Delegirten. Die Commission beantragte die Erwerbung des Kroll'schen Grundstücks mit der Erwartung, daß der Bundesrath die Erwerbungskosten — Eigenthümer ist der preussische Fiskus — herabmindern werde. Ursprünglich war das Grundstück in Aussicht genommen, auf welchem das Palais des Grafen Raczyński steht. Auch hier ist der preussische Fiskus Eigenthümer des Grund und Bodens, auch hier hat er eine sehr hohe Forderung gestellt. Hier stand aber außerdem noch die Schwierigkeit entgegen, daß dem Grafen Raczyński der Besitz seines Palais für seine Lebenszeit versprochen ist, was zu einem Proceß führen könnte. So war die Commission bei dem Kroll'schen Grundstück stehen geblieben, fand aber nicht die Zustimmung des Reichstags, welcher vielmehr die Commission beauftragte, einen anderen Vorschlag zu machen, und dabei besonders zu prüfen das Grundstück der ehemaligen Porzellanmanufaktur und das der Universität. Von den beiden letzteren Vorschlägen kann jedoch im Ernst nicht die Rede sein. Der schönste Platz wäre neben der katholischen Hedwigskirche zwischen Opernhaus und Bibliothek. Dort stehen freilich auch Privatgebäude, aber zur Expropriation wird man sich doch wol in jedem Fall entschließen müssen.

Am 20. Mai nahm der Reichstag fast einstimmig einen Antrag des Abgeordneten Tellkamp an, die Reichsregierung zur baldigen Vorlegung eines Gesetzes über das Bankwesen aufzufordern. Seitens derselben wurde die Vorlage für die nächste Session zugesagt.

Wir übergehen einige Berathungen untergeordneter und technischer Gegenstände und wenden uns zur ersten Berathung des Reichshaushaltes am 26. Mai, freilich nur um das Resultat anzuführen. Dasselbe besteht in der Verweisung aller mit Landheer und Marine zusammenhängenden ordentlichen und außerordentlichen Forderungen an die Budgetcommission, während die

anderen Theile des Reichshaushaltes sogleich im Plenum berathen werden sollen. Die erste Berathung hat eine Reihe von interessanten Aeußerungen von verschiedenen Seiten über alles Mögliche zu Tage gefördert. Aber es ist unser längst befolgter Grundsatz, dem Hin- und Herreden bei der ersten Berathung an dieser Stelle nicht zu folgen, sondern die Erledigung der bestimmten Gegenstände bei der zweiten Berathung abzuwarten. Ohne diesen Grundsatz würden wir den Leser durch Wiederholungen verwirren und ermüden.

In den Sitzungen vom 28. und 29. Mai ist der von dem Abgeordneten Elben eingebrachte Gesetzentwurf über die Errichtung eines Reichseisenbahnamtes, vom Reichskanzler willkommen geheißen und unterstützt, in zweiter Lesung angenommen worden. Am 29. Mai stand noch zur zweiten Lesung der Preßgesetzentwurf, welchen eine auf Antrag des Abgeordneten Windthorst — des Mitgliedes der Fortschrittspartei — eingesetzte Commission ausgearbeitet hat. Auf Ersuchen des Reichskanzlers wurde die Berathung ausgesetzt bis dahin, wo der Bundesrath eine denselben Gegenstand betreffende Vorlage noch in dieser Session eingebracht haben wird. Die letzte Sitzung vor dem Pfingstfeste am 30. Mai war technischen Gegenständen gewidmet.

C — r.

Die Kunstgeschichte auf den Gymnasien.

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Kunstchronik“, das wöchentlich erscheinende Beiblatt zu Lützow's „Zeitschrift für bildende Kunst“, an der Spitze ihrer Nummer 32 (23. Mai 1873) einen mit A. S. unterzeichneten Artikel. Freilich enthält derselbe wenig oder nichts von dem, was die Ueberschrift verspricht, sondern er läuft im Wesentlichen darauf hinaus, eine kleine literarische Einrichtung aufzuführen. Der Delinquent, an dem sie vollstreckt wird, ist Rudolph Dießsch, bis vor Kurzem noch Rector der Fürstenschule in Grimma; das Verbrechen, das er begangen, gehört unter die Kategorie „Schulbücher“ und nennt sich: „Grundriß der allgemeinen Geschichte für die obern Gymnasialklassen.“ (6. Auflage. B. G. Teubner. 1872.) Aus diesem Buche, oder genauer aus dem zweiten Theile desselben, aus dem, der das Mittelalter behandelt, hat der Verfasser jenes Artikels alle diejenigen Stellen ausgehoben, die sich auf die Geschichte der bildenden Künste beziehen, und zu einer Blüthenlese vereinigt. Am Schlusse derselben faßt er dann sein Urtheil